Nr. 114. 37. Jahrg.

Abend-Ausgabe.

15 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 16,50 Mk., monatl. 5,50 Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 5,50 Mk. exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 8,75 Mk., für das übrige Ausland 13.— Mk., bei täglich einmal. Zustellung 11.— Mk. + Valuta-Aufschlag. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Postzeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 2.— Mk., Teuerungszuschlag 60%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 75 Pfg. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 50 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 2.— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Dienstag, den 2. März 1920.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Streikabbruch in Frankreich.

Einigung mit den Eisenbahnern.

Paris, 1. März. (Havas.) **Der Nationale Eisenbahnerverband teilt mit, daß infolge der Besprechungen beim Ministerpräsidenten eine Einigung mit den Vertretern des Verbandes und der Eisenbahndirektionen erzielt wurde. Daher wird der Befehl, die Arbeit sofort wiederaufzunehmen vom Verband gegeben werden.**

Paris, 29. Februar. Der Militärgouverneur trifft gemeinsam mit den Polizeipräfekten alle nötigen Maßnahmen, um die Aufrechterhaltung der Ordnung zu ermöglichen. Umzüge und Zusammenrottungen gleichviel welcher Art sind verboten.

•

Charleroi, 29. Februar. Die Bahnangestellten sind hier in den Streik getreten.

Die Gewaltherrschaft in Ungarn.

Wien, 1. März. Wie die Korrespondenz Herzog aus Budapest meldet, wurden zwei Mitglieder des Oedenburger Offizierdetachements auf Veranlassung des Armeeoberkommandos unter der Beschuldigung verhaftet, an dem Morde beteiligt zu sein, dem die Redakteure des Blattes Nepszava, Somogyi und Haszo, zum Opfer gefallen waren. Die Verhafteten mußten jedoch wieder freigelassen werden, da Mitglieder dieses Detachements und zweier anderer Detachements dem Armeeoberkommando mit Verweigerung des Gehorsams und Veranstaltung eines allgemeinen Pogroms drohten, falls die Verhaftung aufrechterhalten werde.

•

Budapest, 1. März. (Ungar. Korresp.-Bureau.) **Nachdem Horthy die Nationalversammlung nach der Eidesleistung verlassen hatte, unterbreitete Ministerpräsident Huszar den Gesetzentwurf betreffend die Wahl des Reichsverwesers und bat um dringliche Verhandlungen. Gleichzeitig teilte er mit, daß der Ministerrat die Demission der Regierung beschlossen habe. Der Reichsverweser habe die Regierung mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte betraut.**

Lloyd George über die „Kriegsverbrecher".

Amsterdam, 2. März. Laut Telegraaf hat Lloyd George gestern im Unterhause über das Verfahren gegen die sogenannten Kriegsmissetäter erklärt, die englische Regierung werde keinen englischen Juristen nach Deutschland senden, sondern das Verfahren genau verfolgen.

Plan-Weltwirtschaft?

Amsterdam, 2. März. Laut „Pall Mall Gazette" beabsichtigt der Oberste Rat, die Weltvorräte an unentbehrlichen Lebensmitteln und Rohstoffen unter Aufsicht zu nehmen, um eine billige Verteilung zu sichern.

England und Kurland.

Kopenhagen, 1. März. (WTB) Nach einer Meldung von Berlinske Tidende aus Paris hat ein Konsortium von englischen Banken einen auf 15 Jahre lautenden Kontrakt mit der estnischen, der lettischen und der litauischen Regierung über die Ausnutzung der großen Waldungen in diesen Ländern abgeschlossen, um England, Frankreich und Belgien mit Holz zu versorgen.

Frühjahrsoffensive der Bolschewisten.

London, 1. März. (Reuter.) **Das Südrussische Communique vom 28. Februar besagt, daß die Bolschewisten auf einer breiten Front, östlich von Rostow bis nördlich von Stawropol, vorrücken. Bolschewistische Angriffe auf den unteren Don und die Krimfront wurden verlustreich abgeschlagen. Das Reutersche Bureau meldet aus Konstantinopel, daß der baldige Fall von Noworossisk erwartet wird.**

Die deutschen Kriegsgefangenen in Rußland.

An den Verhandlungen über den Austausch der Kriegsgefangenen zwischen Deutschland und Sowjetrußland wird jetzt auch der Vorsitzende des deutschen Zentralrats in Moskau, Rothkegel, teilnehmen. Herr Rothkegel, der auf der Reise nach Berlin als Begleiter der deutschen Geiseln in Kowno durch ein Mißverständnis der Behörden festgehalten wurde, und daher verspätet hier eintraf, äußerte sich einem Vertreter des Osteuropa-Dienstes gegenüber über die Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Sowjetrußland u. a. wie folgt:

Nach Abbruch der Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland hatte der Zentralrat in Moskau die Fürsorge für die deutschen Kriegsgefangenen übernommen. Die Lage der Kriegsgefangenen wäre eine katastrophale geworden, da von deutscher Seite nicht mehr die geringste Unterstützung bewilligt wurde, wenn nicht die Sowjetregierung den Petrograder, wie den Moskauer deutschen Rat je eine Million Rubel für Unterstützungsgelder an die Kriegsgefangenen überwiesen hätte. Nur dadurch war es möglich, daß der deutsche Zentralrat seine Arbeiten für die Kriegsgefangenen weiterführen konnte. Bis zum 1. September 1919 wurden auf diese Weise gesandt 20 000 Zivil- und Kriegsgefangene, nach Moskau konzentriert und in Sanitätszügen an die Grenze gebracht. Die Verpflegung der Kriegsgefangenen ist trotz schwierigster Verhältnisse eine durchweg gute. Die Kriegsgefangenen werden in Moskau völlig neu eingekleidet und in Moskau direkt oder in der Umgebung, sowie im Gouvernement Samara untergebracht. Sie sind dort den russischen Arbeitern völlig gleichgestellt. Ja, es ist sogar zu sagen, daß deutsche Kriegsgefangene, besonders soweit sie Facharbeiter sind, als Vorarbeiter gesucht und weit über den ortsüblichen Lohn bezahlt werden.

Im allgemeinen hat sich das Schicksal der Kriegsgefangenen seit der Bolschewikirevolution bedeutend gebessert. Leider übernahm die Sowjetregierung ganz unglaublich verworrene Zustände gerade betreffs der Kriegs- und Zivilgefangenen. Die zaristische Regierung hat nur völlig unvollständige Listen geführt. Dazu kam die grausame Behandlung in den einzelnen Lagern — die Verhältnisse am Bahnbau der Murmanbahn, wo Hunderte von deutschen Kriegsgefangenen unbekannt begraben liegen, sind ja bekannt —, so daß eine genaue Registrierung der Kriegsgefangenen fast eine Unmöglichkeit schien. In vielen Lagern konnte, wie schon unter der Sowjetregierung festgestellt wurde, keine zahlenmäßige Angabe über die unbekannten Verstorbenen, die zu Hunderten Epidemien erlagen, aufgefunden werden.

Die deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien und im Süden, die erst jetzt wieder in das Machtbereich der Sowjetregierung gekommen sind, haben durchweg das Erscheinen der Sowjettruppen mit großer Freude begrüßt. Sie klagen über eine ganz unglaubliche Behandlung, die Truppen Denikins und Koltschaks, die sie nicht nur zur Zwangsarbeit, wie Anlegen von Schützengräben usw. gezwungen, sondern auch völlig ausgeplündert haben. In den Händen der zuständigen Stellen sind hierfür dokumentarische Belege, die demnächst der deutschen Regierung übermittelt werden.

Wenn das gegenwärtige Abkommen, worüber man im Prinzip bereits einig ist, zustande kommt, so kann die vollständige Evakuation der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen innerhalb vier bis fünf Monaten durchgeführt sein. Die Gefangenen werden systematisch auf Moskau hin konzentriert und von dort nach Reval auf Schiffe gebracht. Eine Anzahl Kriegsgefangene, mehrere 1000, befindet sich unter Leitung einer besonderen deutschen Kommission in Wladiwostock. Mit dem Transport dieser Kriegsgefangenen, der über Ostasien vor sich gehen soll, zu dem sich die Alliierten verpflichtet haben, hat die Sowjetregierung nichts zu tun.

Massenausschluß aus der K. P. D.

Die „Rote Fahne" veröffentlicht eine Anzahl Beschlüsse des letzten Parteitages der K. P. D. Einer von diesen, der den wohlklingenden Namen „Zum organisatorischen Abschluß der Parteidifferenzen" führt, enthält folgenden Absatz:

> Der Parteitag nimmt Kenntnis von den Beschlüssen der Bezirkskonferenzen der Bezirke Nord, Nordwest, Niedersachsen, Groß-Berlin und Dresden zu den Heidelberger Leitsätzen. Er erklärt diese Beschlüsse als im Widerspruch zu diesen Leitsätzen stehend und die genannten Bezirksorganisationen nicht mehr zur Partei gehörig.

Es wäre interessant zu erfahren, was nach diesem Hinauswurf der größten Städte und ganzer Provinzen aus der K. P. D. eigentlich von dieser Partei noch übrig bleibt.

Ein weiterer Beschluß beschäftigt sich mit der U. S. P. D. Den Unabhängigen wird vorgeworfen, daß sie in der Auslieferungsfrage „das sklavische Echo der Scheidemänner" gespielt haben. Aus Unglauben an die Kraft der Arbeiterklasse und aus Furcht, revolutionär handeln zu müssen, habe die U. S. P. D. die Auslieferungskrise abgestumpft. Wörtlich heißt es:

> Diese Haltung der U. S. P. D. ist blanker Verrat am revolutionären Interesse. Sie ist das Gegenstück zu der Haltung dieser Partei in der Frage der Annahme oder Ablehnung des Versailler Friedens durch die Ebertregierung. Sie ist schließlich die gradlinige Fortsetzung der schäbblich gescheiterten Politik der U. S. P. D. während des Krieges, die statt auf die Revolutionierung der Massen, auf die Verständigung der kapitalistischen Regierungen abzielte.

Die Haltung der U. S. P. D., so wird noch ausgeführt, bedeute den vollen Sieg des rechten Flügels der Partei über den linken Flügel und die praktische Beseitigung der Leipziger Beschlüsse. Den Anhängern der K. P. D. wird zur Pflicht gemacht, bei jeder Gelegenheit die U. S. P. schärfstens zu bekämpfen.

Verfahren gegen Knüppelkunze.

Wie wir von informierter Seite erfahren, hat der Erste Staatsanwalt am Landgericht I gegen den Schöneberger deutschnationalen Stadtverordneten Richard Kunze ein Ermittelungsverfahren eingeleitet. Gegenstand der Untersuchung ist hauptsächlich der Vertrieb der famosen Gummiknüppel „Heda", den Kunze im Großen an seine Parteianhänger besorgte.

Ein Vorbild.

Bismarck für die Enteignung abgesetzter Fürsten.

An dieser Stelle ist schon dargelegt worden, daß bei einer Enteignung der Hohenzollern das volle moralische und historische Recht auf seiten des Staates steht. Die „Tägliche Rundschau" unternimmt noch einen verzweifelten Versuch, um unsere Feststellung zu widerlegen, daß das Hohenzollernvermögen zum größten Teil auf Kosten des preußischen Staates zusammengerafft ist, indem sie eine Liste von „rechtmäßig angekauften" Gütern der Hohenzollern zusammenstellt. Die „Tägliche Rundschau" hat nur vergessen, uns darüber zu unterrichten, woher denn das Geld für den Ankauf der Güter stammte! Noch törichter ist der Versuch der „Tägl. Rundschau", es so hinzustellen, als ob die Hohenzollern bei großen Krisen dem Staate fast ihr ganzes Vermögen geopfert hätten. Man sieht ja jetzt, wo es geblieben ist! Die Monarchisten aber, die nicht aufhören wollen, über „Unrecht" und sogar „Raub" zu zetern, mögen sich einmal zu Gemüte führen, was bei ähnlicher Gelegenheit ein Mann gesagt hat, den sie sicher nicht abstreiten und verleugnen werden:

> Ueber die Frage, welches Privateigentum einem kriegführenden Monarchen nach dem Kriege bleibt, entscheidet erst der Friedensschluß; einen anderen Richter darüber gibt es nicht. . . . Ich habe nicht gehört, daß die Vorfahren des Königs Georg, nachdem sie das Haus Stuart vom Throne Englands vertrieben hatten, diesem Hause durch Staatsgelder die Mittel geliefert hätten, der königlichen Armee bei Culloden gegenüberzutreten. Ich habe nicht gehört, daß die verschiedenen Zweige des Hauses Bourbon, deren Throne den Staatsumwälzungen in Frankreich, in Spanien, in Neapel zum Opfer fielen, auf Kosten dieser Länder mit Dotationen versehen worden wären, die man die Absicht hätte haben können, ihnen zu lassen, wenn sie fremde Legionen oder französische oder italienische Legionen in der Fremde angeworben hätten, um sie gegen das eigene Land zu führen. Noch weniger ist es mir wahrscheinlich, daß die spanische Regierung es für ihre juristische Pflicht halten wird, der Königin Isabella Mittel gegen sie zu liefern, und daß von Italien her die Bourbonen in ihren Absichten durch Staatsmittel unterstützt würden. Ich führe dies nur an, **um Ihnen die Geringschätzung zu kennzeichnen, mit welcher wir die sittliche Entrüstung aufzunehmen haben, die sich von so vielen feindlichen Seiten geltend macht, als ob wir hier einen ungerechten, gewalttätigen Akt gegen einen an sich ungerecht seines Thrones beraubten Fürsten übten.** Schuldig waren wir dem König Georg nichts; wir haben ein Beispiel der Großmut im Interesse des Friedens gegeben, wie es in der europäischen Geschichte meines Wissens nicht vorgekommen ist."

So sprach, woran die Soz. Korr. sehr zur Zeit erinnert, im alten preußischen Herrenhaus am 13. Februar 1869 der Ministerpräsident der Hohenzollern Graf Otto von Bismarck-Hohenschönhausen über die Beschlagnahme des Vermögens des früheren Königs von Hannover und des Kurfürsten von Hessen.

Die Vorgeschichte der Wegnahme des Vermögens der fortgejagten Herrscher von Hannover und Hessen durch die Hohenzollern ist überaus einfach. Nach dem siegreichen Kriege von 1866 verhandelte König Wilhelm von Preußen mit dem König Georg von Hannover und schloß mit diesem einen Vergleich, den Fürst Bismarck gegenzeichnete, vom 29. September 1867, in welchem den abgesetzten Fürsten Entschädigung für ihr Eigentum gewährt wurde, u. a. dem König von Hannover eine Barabfindung von 16 Millionen Talern. An demselben Tage, an dem dieser Vergleich publiziert wurde, erschien eine Verordnung des Königs von Preußen, welche die Abfindungssumme beschlagnahmte. Diese Verordnung wurde später vom Abgeordnetenhaus und Herrenhaus mit überwältigender Mehrheit genehmigt, und Fürst Bismarck fügte zu dem Schaden der abgesetzten Fürsten den Spott, daß er nicht daran denke, das beschlagnahmte Vermögen nutzlos liegen zu lassen und die Zinsen aufzusammeln:

> „In keinem Falle dürfte man sich der Besorgnis hingeben, daß die Staatsregierung etwa beabsichtige, durch Aufsammlung der Revenuen eine Sparkasse für die Beteiligten anzulegen; nützliche Verwendungen namentlich im Interesse der Landesteile, welche die depossedierten Fürsten früher beherrschten, würde sich immer finden lassen, insbesondere in Kurhessen, wo nützliche, ja notwendige Bauten ausgeführt werden könnten, deren Ausführung von der früheren Regierung beharrlich verweigert worden sei."

Das war zunächst eine glatte Konfiskation der Einkünfte aus dem Vermögen der abgesetzten Fürsten. Fürst Bismarck fügte hinzu, daß, wenn ihm genügend Gründe vorzuliegen schienen, er auch die Substanz des Vermögens selbst wegnehmen würde. Um die ganze Roheit seines Vorgehens zu ermessen, darf man nicht vergessen, daß vorher mit dem Fürsten von Hannover ein Vergleich abgeschlossen worden war. Durch diesen Vergleich war der frühere König von Hannover veranlaßt worden, die Vermögensstücke, die er rechtzeitig ins Ausland geschafft hatte, wieder zurückzubringen, und als alles zur Stelle war, liegten die Hohen-

zollern und ihr Ministerpräsident die Hand darauf. Angeblich sollte der König von Hannover, was er allerdings stets bestritten hat, eine hannöversche Legion aufgestellt haben, um Preußen zu bekriegen. Nach der Schätzung des Fürsten Bismarck war diese Legion bis zu tausend Mann (!) stark, während das preußische Heer damals ungefähr auf eine Million zu bemessen war. Trotz dieses Kräfteverhältnisses erklärte Bismarck, daß die Notwehr dazu zwinge, den Welfenkönigen kein Geld in die Hand zu geben. Es sei Feigheit, sich nicht zu wehren und nicht die Degenspitze wegzuschlagen, die auf die eigene Brust gerichtet ist. „Ob diese Gefahr klein oder groß ist, darauf kommt nichts an."

Als gegenüber diesen Argumenten der alte Zentrumsführer Windhorst ein halbes Dutzend Verfassungsparagraphen anführte, gegen die das Bismarcksche Vorgehen verstieße, und außerdem eine ganze Legion strafrechtlicher und moralischer Pflichten, die durch seine Methode verletzt würden, erwiderte der Ministerpräsident mit dem seitdem wohl auf ewig berühmten Wort, er werde, wenn es sich um die Sicherheit des inneren Friedens handle, nicht über juristische Zwirnfäden stolpern. Irgendeine juristische Pflicht zur Abfindung eines abgesetzten Königs bestehe überhaupt nicht. Die königlich preußische Regierung hätte sich deshalb gar nicht erst darauf eingehen, lange zu untersuchen, wieviel die früheren Fürstenhäuser besessen hätten, sondern sie hätte die beseitigten Fürsten so ausstatten wollen, daß sie ohne beschämende Erinnerung an ihr politisches Unglück als gefallene Dynastie eine annehmbare Existenz führen könnten. Aber diese gute Absicht sei durch die Prätendentenrolle der Welfen vereitelt worden.

Der bekannte demokratische Abgeordnete Waldeck erklärte Bismarcks Vorgehen für revolutionär, und der liberale Abgeordnete Braun fügte hinzu, es liege allerdings ein Gewaltakt vor, aber dieser Gewaltakt sei geboten. Nur der alte Windhorst blieb aus Treue gegen sein angestammtes Fürstenhaus dabei, daß das Geld der Welfen ihnen zurückgegeben werden müsse und nicht dazu dienen dürfe, Bismarck einen Geheimfonds zur Besoldung unzähliger Spitzel in die Hand zu geben. Aber Windhorst konnte schließlich nur sagen, daß einst die Monarchie an der Spree entgelten werde, was man jetzt der Monarchie an der Leine und an der Fulda angetan hätte. Er weissagte den Hohenzollern, daß ihre rechtlose Gewaltpolitik früher oder später Schiffbruch leiden werde.

In der Tat, wenn irgendein Fürstenhaus nicht über Gewalt und Unrecht klagen darf, so sind es die Hohenzollern, und wenn wir jetzt gar nicht daran denken, ihnen ihr Privateigentum zu lassen, damit sie es dann noch Belieben gegen die Republik verwenden können, so dürfen die Hohenzollern nicht klagen. Sie werden nur mit der Elle gemessen, die sie selbst angelegt haben — ihnen geschieht nur, was sie stets anderen zugefügt haben. Die Geschichte des Welfenfonds genügt allein, um die Enteignung der Hohenzollern zu begründen.

•

Ressortstandpunkt und Staatsrechtslage.

Es wird uns geschrieben: Auf dem Bezirkstag am Sonntag wurde bei den Verhandlungen über den berüchtigten Vergleichsentwurf zwischen Staat und Krone die merkwürdige Entschuldigung gebracht, daß der Vergleich „unter Berücksichtigung der Staatsrechtslage vom Ressortstandpunkt aus" geschaffen worden sei. Dazu muß denn doch festgestellt werden, daß der Vergleich gerade vom finanzministeriellen Ressortstandpunkt unmöglich erscheint, da er eine ausgesprochene Schädigung des Staates bedeutet. Die Krone bekennt denn auch, daß sie bei diesem „Vergleich" mehr gewinne als sie es jemals in einem Prozeß gegen den Staat zu tun vermöge. Staatsrechtlich ist der Vergleich auch sehr geschickt gemacht, war doch der Vorsitzende der Kommission, die ihn ausarbeitete, ein Ministerialdirektor Kübler vom Preußischen Justizministerium. Dieser Herr ist seit langen Jahren Vorsitzender des Heroldsamtes, das der Krone resp. dem königlichen Hausministerium unterstand. Bei dieser Kommission, die sich im wesentlichen aus Ressort-Geheimräten und den Vertretern der Krone zusammensetzte, ist ein Sozialdemokrat nicht einmal bis vor die Türe gekommen. Hinter ihr aber wurde „auf staatsrechtlicher Grundlage", wie diese Herren sie auffassen, der Vergleich gekocht. Der Rückzug der Vergleichsfreunde soll mit dem Artikel 153 (Schutz des Privatkapitals) nicht gedeckt werden. Wir müssen diese krummen Wege ablehnen, weil der Vergleichsentwurf, wie er heute vorliegt, eine bewußte Uebervorteilung des preußischen Staates darstellt.

Beginnende Einsicht.

Henke wird vernünftig.

Auf der Reichskonferenz der U.-S.-P.-Gemeindevertreter hat der Vorsitzende der unabhängigen Nationalversammlungsfraktion Henke eine Rede gehalten, die durch Ueberfülle realpolitischer Einsicht überraschend wirkt. Henke warnte vor russischen Experimenten wie z. B. der Annullierung aller Schulden und sprach laut Bericht der „Freiheit" u. a. die folgenden Sätze:

Wir befinden uns in einer fürchterlichen Lage, aus der wir nur mit Hilfe des ausländischen Kapitals herauskommen können. Das ist eine andere Situation wie die, in der wir uns alle die Expropriation der Expropriateure vorgestellt haben. Da wollen nun die Kommunisten alles „herungenieren", um dann auf den Trümmern den Sozialismus aufzubauen. Das hat mit Marxismus aber nichts zu tun. Es muß wieder aufgebaut werden, um dann den Sozialismus zu verwirklichen.

Es läßt sich auch kein scharfer Strich zwischen kapitalistischer und sozialistischer Produktionsweise ziehen. Die Arbeiterschaft muß zwar, wenn sie zur politischen Macht gelangt, mit allem alten Wust und Unrat aufgeräumt haben, aber es wird dies nicht mit einem Schlage geschehen können. Vor diesem Glauben sollen wir die Arbeiterschaft bewahren.

Der Weg zum Sozialismus braucht nicht über die Gewalt gehen, durch organische Entwicklung müssen wir sie fördern. Hüten soll man sich auch, unvorsichtig an die Dinge heranzugehen und sie von Leuten machen zu lassen, die keine sozialistische und praktische Erfahrung haben. Ganz besonders gilt für unsere Gemeindevertreter das Wort von Karl Marx: Die Arbeiter haben, wenn sie zur politischen Macht kommen wollen, nicht die Aufgabe, Utopien zu erfüllen. Das müssen wir unseren Arbeitern sagen, wenn wir keine Schwierigkeiten haben wollen. Wir müssen die Arbeiter im sozialistischen Sinne aufklären, denn nur mit einer so aufgeklärten Masse können wir den Sozialismus verwirklichen.

Kein Wunder, daß sich Henke in seinem Schlußwort gegen den Versuch verteidigen mußte, ein „Reformsozialist" geworden zu sein.

Gefangenenmord!

In der Nacht vom 17. Januar 1919 wurden die Spandauer Linksradikalen auf dem Wege zum Tegeler Gefängnis angeblich wegen Fluchtversuchs erschossen. Die „Freiheit" veröffentlicht jetzt neue Angaben, die jene Erschießungen als glatten Mord darstellen. Besonders belastet erscheint hierdurch ein Spandauer Fabrikantensohn Sasse und ein damaliger Soldatenrat Reese. Auch wird der Kriegsgerichtsrat, der die Untersuchung führte, beschuldigt, dem von Reese verfaßten „Fluchtversuch"-Protokoll ohne genauere Erhebungen Glauben geschenkt zu haben. Auch wir fordern eine strenge Untersuchung und sind gespannt, ob endlich einmal die Schuldigen an der Ermordung wehrloser Gefangener gefaßt werden, wenn sich die Beschuldigungen als zutreffend erweisen.

Der Dolchstoß von hinten.

Wir setzen hiermit die Veröffentlichung von Zuschriften aus unserem Leserkreis zu diesem Thema fort, wobei wir aus Raumgründen uns zum Teil mit Inhaltsangaben detaillierter Schilderungen begnügen müssen. Für alle Schilderungen stehen die Einsender mit vollem Namen gegenüber der Redaktion ein.

Das Eiserne Kreuz im Nachthemd.

Herr W. H. Neukölln, ehemals beim Schallmeßtrupp 80, schildert folgenden Vorfall: Nachts im Winter 1916 wird die Mannschaft mit dem Rufe: „Alles antreten!" aus dem Schlaf gerissen. Dürftig angezogen tritt man in der Schreibstube an. Der angeheiterte Truppenführer jagt die Mannschaft aber wieder zurück mit den Worten: „Im Hemd sollt Ihr antreten!" Da die Mannschaft murrt, wird der Befehl mit Drohungen wiederholt. Also antreten im Hemd, darauf Befehl: „Stillgestanden!" Nunmehr wird in Gegenwart der halbnackten Mannschaften dem Unteroffizier Ku. das Eiserne Kreuz 2. Kl. verliehen!

Hunger und Ueberfluß.

Herr Ernst v. B., früher Reg. 374, schildert Erlebnisse vom Vormarsch 1915 in Rußland. Unter vielen ähnlichen folgendes: Das Regiment hat wochenlang gehungert, so daß eine Scheibe Brot für eine Korporalschaft von 18 Mann als einzige Brotration in drei Tagen mit Freude begrüßt wird. In diesen Tagen kommt das Bataillon nach einem zweitägigen Gefecht aus den vordersten Linie heraus, die Mannschaften erhalten vom Bataillonskommandeur die Erlaubnis, von den umliegenden Feldern Kartoffeln zu holen, die ohne Salz als einzige Mahlzeit gegessen werden müssen, da die Küche kein Salz hat. Angesichts der hungernden Mannschaften setzen sich aber Hauptmann Sch., Leutnant St. und noch ein Offizier zur Tafel und verspeisen ein ausgezeichnetes Filet, das ihnen die Küche besonders zubereitet hat. Einsender schreibt: „Ich war fast bis zum Ende mit dem ganzen Herzen für die von mir gerecht gehaltene Sache des Vaterlandes, aber das Benehmen der Offiziere hat mich oft mit Scham für die deutsche Nation erfüllt."

Die Erdbeeren des Leutnants.

Derselbe Einsender berichtet aus seinen Erlebnissen beim Lichtmeßtrupp, zu dem er später versetzt wurde: Nach unserem Dienst bekamen wir den Befehl, für unseren Leutnant J. Erdbeeren zusammenzusuchen. Für den Gaumenkitzel dieses Herrn mußten wir unsere karge Ruhezeit opfern.

Kunst — nur für Offiziere.

Herr A. R. in Friedrichsfelde berichtet: Während die halbe Kompagnie in vorderster Linie, die andere Hälfte in Ruhe liegt, kündet der Herr Kompagnieführer das Erscheinen einer Künstlergesellschaft an, die zur Unterhaltung für einige Stunden künstlerische Vorträge darbieten wird. An dem Tage, wo die Künstlergesellschaft erscheint, wird mit einem Male die ganze Kompagnie unter Führung eines Feldwebels nach vorn geschickt, um im Graben zu arbeiten. Die künstlerischen Gesangsvorträge wurden vor den Offizieren der ganzen Umgegend im Offiziers-Kasino abgehalten. Die Mannschaften haben nichts davon gehört, dafür aber die Nacht durcharbeiten müssen. Als sie gegen Morgen zurückkehren, ist das Zechgelage im Offizierskasino noch nicht zu Ende. Die Offiziere zum großen Teil betrunken. Am folgenden Tag werden zwei Schweine, die der Kompagnie gehörten, geschlachtet und von Offizieren und Künstlern gemeinsam verzehrt. Was übrig blieb, bekamen die Künstler in großen Paketen mit, zum Dank dafür, daß sie die Herren Offiziere so gut unterhalten hatten. Die Mannschaften hatten eine Nacht Arbeit gehabt und waren ihre Schweine losgeworden.

In einer neuen Versammlung des Bundes Neues Vaterland, Mittwoch, 3. März, ½8 Uhr, „Neue Welt" (Hasenheide), wo Hellmut von Gerlach über „Die Kriegsgreuel und ihre Sühne" sprechen wird, werden außerdem Pastor Francke von der Deutschen Friedensgesellschaft und Redakteur Karl Vetter vom Friedensbund der Kriegsteilnehmer den Protest ihrer Vereinigungen gegen die heraufkommende Reaktion des neuen Militarismus begründen.

Für eine Teuerungszulage der Kriegsbeschädigten. Der Abgeordnete Hoffmann (Ludwigshafen) fragt bei der Regierung an, ob sie bereit ist, für das Jahr 1920 wie im Jahre 1919 sämtlichen Kriegsbeschädigten eine einmalige Teuerungsbeihilfe in Höhe ihrer Monatsrente zu gewähren.

Die neuen Briefmarken.

Von Hans Hallinger.

Dem großen Aufräumen unter den Ueberresten des wilhelminischen Reiches fällt nun auch eins der markantesten und vielumstrittensten Wahrzeichen, die Germaniamarke, zum Opfer. Das Alte mußte dem Neuen weichen und es blieb nur die Frage, das Leben und Weben unserer Zeit auf dem künftigen Markenbilde auch in der rechten Art zum Ausdruck zu bringen.

Obwohl das Ergebnis bei den Erinnerungsmarken an die Nationalversammlung der Veranstaltung eines neuerlichen Wettbewerbs nicht gerade günstig war, entschloß sich das Reichspostministerium doch abermals für diesen Weg und schrieb am 1. Dezember 1919 die beiden Briefmarkenwettbewerbe, einen beschränkten und einen allgemein öffentlichen, aus. Das Ergebnis ist bereits mitgeteilt.

Die Beteiligung mit mehr als 4000 Entwürfen war gut und das Ergebnis ist relativ entschieden höher zu bewerten als jenes bei den Marken zur Nationalversammlung. Für die Werte bis zu 20 Pfennig, denen lediglich die Ziffernbilder zugrunde liegen sollen, war der Anreiz zum Mitmachen besonders groß, woraus auch das Ueberwiegen dieser Klasse gegenüber den anderen zu erklären ist. Ziffern jeder Art und Größe, jeder Gestalt und Form marschieren auf. Einfachste, primitivste Gebilde wechseln mit gut kunstgewerblichen Formen, mit phantasiereichen Niederschlägen handwerklicher Grabeurarbeit und manchmal bis zur Unkenntlichkeit vergeistigten expressionistischen Ideenkonzentrationen. Und das ist recht so. Mag man auch lachen (oder weinen) über manches, was da von deutschem Fleiße zeugt, so war doch auch Brauchbares darunter, und nach den preisgekrönten Entwürfen ist zu hoffen, daß die künftigen Ziffernmarken sich auch für die Auffassungsbegriffe gewöhnlicher Sterblicher recht vorteilhaft von den Erinnerungsmarken unterscheiden. Dabei sei besonders auf die Buhesche Marke verwiesen, die sich zwar mit einem zweiten Preise abfinden mußte, in ihrer feinen ornamentalen Lösung aber doch viele Freunde finden dürfte und sich außerdem durch verständnisvolle Technik gut zur Briefmarke eignet.

Für die Werte von 30 Pfennig bis 2 Mark war auch die Verwendung figürlicher Motive zulässig. Diese sind weniger zahlreich als die rein ornamentalen Lösungen der ersten Reihe, geben aber in der Auswahl der Vorwürfe, in der Erfassung und Behandlung des Stoffes ein treffliches Bild von der herrschenden Geistesrichtung des Volkes. Herrlichkeit und Allegorie sind kaum nennenswert vertreten; die Arbeit triumphiert! Hunderte von Entwürfen suchen den Gedanken des Schaffens, des Aufbauens und der Neugestaltung Form und Ausdruck zu verleihen. Wie oft sieht man den Schemann über das Brachland schreiten, den Pflug sich in die Erde senken; Sense, Sichel, Garben, Früchte und Füllhörner verweisen auf die Arbeit und ihren Segen. Ihren Höhepunkt erreichen aber alle derartigen Darstellungen in einer Gruppe Bergarbeiter voll Kraft und Bewegung, die mit Glück und Kunst in den winzigen Raum einer Briefmarke gestellt ist. Dieses modern aufgefaßte Bild Paul Neus erscheint mir wie kein anderes geeignet zur Briefmarke des werdenden, arbeitsamen neuen Deutschlands.

In der Wirkung schwächer, doch räumlich und symbolisch gut gelöst ist die Baumpflanzerin von Cissarz. Eine zarte Frauengestalt, knieend in die Mitte der Fläche gestellt, senkt den jungen Baum in die Erde; der dunkle Hintergrund wird durch die rechts oben befindlichen Ziffer und den Spaten darunter vorteilhaft belebt.

Versagt blieb der Erfolg allen Vorschlägen auf Verwendung berühmter deutscher Männer als Markenbilder. Der Grund dafür mag in der Geringwertigkeit der vorliegenden Entwürfe wie in der Abneigung des Preisgerichts liegen.

Für die in Kupferdruck und größerem Format auszuführenden Markenwerte von 3 und 5 Mark war die in Betracht kommende Auswahl sehr bescheiden. Diese Wertzeichen erfordern neben künstlerischer Qualität auch ein hohes Maß von Selbstschutz gegen unbefugte Nachahmung und stellen daher erhebliche Ansprüche an die Technik. Die künstlerisch zweifellos am höchsten stehende Arbeit Edwin Scharffs, ein Pflüger mit zwei Pferden, besticht wie keine andere. Als Bild, als Radierung ist das Blatt schön genug, in jeder graphischen Ausstellung einen Ehrenplatz zu erhalten, doch als Marke wird ihm keine Krone winken. Schnarrenberger bringt eine Landschaft in sehr moderner Auffassung. Ueber Berge, Täler, Straßen und Städte schweift der Blick zum Horizont und findet seinen Ruhepunkt im aufsteigenden Sonnenball. Aber auch dieses Blatt dürfte als Marke keine Urständ feiern.

Im großen ganzen ist das Ergebnis dieses Preisausschreibens, gemessen an seinem Vorgänger, ein befriedigendes, doch dem hohen Stande deutscher Griffelkunst entspricht es nicht. So groß auch die Zahl der Einsendungen, so vielseitig die Lösungen — ein überragender Wurf, von dem man sagen könnte, daß er die Briefmarke des neuen Deutschlands ist, blieb uns versagt. Und der Grund dafür? Sind wir zu arm an Künstlern oder an Könnern? Deutschland hat genug Talente auch für dekorative Kunst, doch fast alle wenden sich der Malerei der großen Kunst und nur wenige ihrem kleinen Nebenarm, der Zeichnung, zu. Die Zeichnung, der Holzschnitt, die gute Lithographie, der Kupferstich, die Schabkunst — sie alle wurden vernachlässigt und drohen, uns ganz verloren zu gehen. Es ist bedauerlich, daß es heute fast als Schande gilt, richtig und gut zeichnen zu können; im Holzschnitt wie in der Lithographie wird das Primitive, „Malerische" beliebt, obwohl es dem Material widerstreit, denn es ist sehr viel leichter als jene Kunst, die wir an Dürer immer noch bewundern. Demnach hege ich den Verdacht, daß es uns weniger an der Kunst als am Können fehlt, weniger am Geist als am Handwerk.

Unseren jungen Künstlern und allen die es werden wollen sei aber geraten, Stift und Stichel nicht minder zu ehren als Pinsel und Spachtel, sich mehr als bisher den Gebieten graphischer Kleinkunst zuzuwenden, im Interesse ihre selbst wie unseres Volkes. Und wenn wir wieder etwas gelernt haben, dann wollen wir uns auch neue Briefmarken machen — noch bessere als die vorliegenden!

•

Ort und Zeit der Ausstellung der Entwürfe werden noch bekannt gegeben.

Theaterkonsumenten und Reichstheaterausschuß. Der Verband der Freien Volksbühnen Berlins hat eine Eingabe an das Kultusministerium gerichtet, in der er darauf hinweist, daß dem vor einigen Monaten ins Leben gerufenen Reichstheaterausschuß keine Vertretung der Theaterkonsumenten angehört. Die Volksbühnen, die Organisationen der Theaterbesucher zur genossenschaftlichen Veranstaltung von Theaterdarbietungen unter Ausschaltung aller geschäftlichen Zwecke sind und allein in Berlin etwa 120 000 Mitglieder zählen, äußern den wohlberechtigten Wunsch, ihre Interessen in jenem Ausschuß zur Geltung zu bringen.

Die Billettsteuer und die Berliner Theater. Die Berliner Bühnen haben nun zwei Wochen Gelegenheit gehabt, die Wirkungen der Billettsteuer zu erproben. Die Verteuerung des Theaterbesuches hat keinen Einfluß auf den Besuch der Bühnen gehabt, die zurzeit ein Stück von erster Anziehungskraft aufführen. Hier bezahlt das Publikum nach wie vor jeden Preis. Die Billettsteuer macht sich sofort fühlbar bei den Bühnen mit Stücken von nur durchschnittlicher Anziehungskraft. Bei ihnen ist ein starker Rückgang der Einnahmen zu verzeichnen. Die Sonntagsvorstellungen waren bis in die jüngste Zeit hinein ausverkauft. Seit der neuen Billettsteuer hat das aufgehört. In manchen Theatern sind an den letzten Sonntagen die teuren Plätze leer geblieben; das Publikum ist nach den billigeren Plätzen abgewandert.

Das Reichswirtschaftsmuseum in Leipzig. Im Jahre 1917 ist in Leipzig ein Kriegswirtschaftsmuseum errichtet worden, das jetzt in ein Reichswirtschaftsmuseum umgewandelt werden soll. Das Institut soll zu einem das gesamte Wirtschaftswesen umfassenden Museum ausgestattet werden, das nicht nur Fachstudien dienen, sondern auf die breiten Massen allgemein erzieherisch wirken soll. Es soll vor allem eine Darstellung der bemerkenswerten Formen und Einrichtungen der Kriegswirtschaft gegeben werden. An die Schausammlung des Museums wird sich eine Studiensammlung schließen, in der vollständige Reihen von Ersatzstoffen und umfassende Statistiken sowie Vergleichsobjekte aller Art aus der Friedenszeit interessantes Anschauungsmaterial bilden.

Theater. Im Großen Schauspielhaus geht in Abänderung des Spielplanes am Sonnabend und Sonntag „König Oedipus" in Szene. — In der Volksbühne werden die Vorstellungen von „Paul Lange und Tora Parsberg" mit Friedrich Kayßler und Helene Feldmer in den Titelrollen am Sonntag wieder aufgenommen.

„Der Elternbeirat", eine neue Halbmonatsschrift für Eltern, Lehrer und Behörden, erscheint soeben im Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68. Herausgeber ist Regierungs- und Schulrat E. Wille im preußischen Kultusministerium. Der „Elternbeirat" bringt Aufsätze für alle Gebiete der Schule und Erziehung und will damit den Elternbeiräten, deren tätige Mitarbeit an dem Blatte erstrebt wird, das wissenschaftliche Rüstzeug zur Ausübung ihrer Tätigkeit und Gelegenheit zur Aussprache geben.

Prozeß Erzberger-Helfferich.

Eine neue Beweisaufnahme — Beginn der Plädoyers.

Die heutige Verhandlung verzögerte sich um über eine halbe Stunde. Der Nebenkläger Erzberger war nicht erschienen und entschuldigte sich mit dringenden Geschäften. Programmgemäß sollten heute vormittag die Plädoyers der beiden Staatsanwälte beginnen. Schon frühzeitig erschien jedoch Exzellenz Spahn und teilte dem Vorsitzenden mit, daß er die gestrigen Ausführungen Giesberts und des Abgeordneten David zu den politischen Fragen nicht stillschweigend hinnehmen könne. Er habe Bekundungen zu machen und bitte deshalb, noch einmal vernommen zu werden. — Exzellenz Helfferich unterstützte diesen Antrag Spahns.

Das Gericht beriet längere Zeit zu dem Antrag und kam dann zu dem Entschluß, sowohl den Nebenkläger als auch Herrn v. Bethmann Hollweg telephonisch zu laden, um die Beweisaufnahme über die politischen Fragen noch einmal aufzurollen. Zuerst soll jedoch der Oberstaatsanwalt Krause plädieren und hinterher soll dann wieder in die Beweisaufnahme eingetreten werden.

Vors.: Ich erteile nunmehr dem Herrn Oberstaatsanwalt das Wort. Wir werden nach dem Plädoyer noch einmal in die Beweisaufnahme eintreten.

Geheimrat v. Gordon: In diesem Falle bitte ich, den Unterstaatssekretär vom Reichsarbeitsministerium und den Abgeordneten Schirmer zu laden. — Rechtsanwalt Alsberg: Wir beantragen die Ladung des Herrn v. Bethmann Hollweg, des früheren Unterstaatssekretärs Wahnschaffe und des Abgeordneten Stresemann. Es ist uns leider nicht möglich, bei Wiederaufnahme der Beweisaufnahme auf diese Herren Zeugen zu verzichten.

Oberstaatsanwalt Krause: Die Einteilung der Plädoyers wird derart erfolgen, daß ich über das Thema „Vermischung politischer Tätigkeit und eigener Geldinteressen" und Erster Staatsanwalt v. Clausewitz über das Thema „Unwahrhaftigkeit" sprechen werden.

Vors.: Ich will die Beweisaufnahme heute auf jeden Fall beenden. Am Donnerstag kann dann Herr v. Clausewitz zu Wort kommen und im Anschluß daran Herr Rechtsanwalt Dr. Alsberg. Am Freitag können die Anwälte des Herrn Nebenklägers sprechen. Ich lege Wert darauf, daß bis Dienstag alles zu Ende ist, und wenn wir an dem Tage bis 10 Uhr sitzen. Das Wort hat der Herr Oberstaatsanwalt.

Das Plädoyer des Oberstaatsanwalts Krause:

Meine Herren Richter! Die unverkennbar große Bedeutung des Prozesses für die gegenwärtige parlamentarische Lage, für das ganze öffentliche Leben, gibt ihm ein ganz besonderes Gepräge, zieht die allgemeine Aufmerksamkeit auf ihn nicht nur in Deutschland, sondern weit über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus. Der Prozeß ist

ein politischer Prozeß

im wahrsten Sinne des Wortes, politisch in seinen Ursprüngen und seinen Anfängen, politisch in seinen Zwischenstadien und in seinen Folgen in dem Sinne, daß das Ergebnis in den politischen Kämpfen nicht nur der nächsten Monate, sondern auch der nächsten Jahre eine Rolle spielen wird. Es ist ein Beleidigungsprozeß. Es war nicht unsere Aufgabe, ein Urteil darüber zu fällen, wessen Politik richtig war, sondern es kam nur darauf an, festzustellen, ob die Handlungen des Angeklagten gegen das Strafgesetzbuch verstoßen. Ich möchte betonen, daß in dieser hochwichtigen Angelegenheit von keiner vorgesetzten Behörde oder vom Ministerium auch nur der geringste Wink oder eine Verhaltungsmaßregel erfolgt ist.

Der Angeklagte bezeichnet den Nebenkläger als „Reichsverräter", beschäftigt sich mit seiner politischen Tätigkeit

im Reichstag und in der Waffenstillstandskommission,

er wirft ihm eine Reihe von Eigenschaften vor, die ihn zur Bekleidung einer hohen Stellung ungeeignet machen würden.

Hierauf kommt der Staatsanwalt zu einer Erörterung der juristischen Seite des Falles. Alle seitens des Angeklagten erfolgten Aeußerungen müssen als üble Nachrede im Sinne des § 168 des Strafgesetzbuchs behandelt werden. Nach Ausschaltung der rein politischen Gesichtspunkte seien die erfolgten Beleidigungen in zwei Gruppen zu teilen: Erstens Vorwürfe wegen unsauberer Verquickung politischer Tätigkeit und privater Geschäfte und zweitens Vorwürfe wegen gewohnheitsmäßiger Unwahrhaftigkeit. Im Falle Thyssen sei er, der Staatsanwalt, zu folgendem Ergebnis gekommen: Der Vorwurf, daß Erzberger durch Zahlung eines Fixums durch den Thyssenschen Aufsichtsrat in ein gewisses Abhängigkeits- oder Angestelltenverhältnis gekommen ist, sei nicht richtig. Ebenso könne auch wohl von Bestechungsgeldern in diesem Falle keine Rede sein. Man darf sich freilich darüber nicht täuschen, daß ein so praktischer Mann wie Thyssen sen. den Nebenkläger

nicht ohne Nebengedanken

engagiert habe. Dennoch müsse man zu dem Schluß kommen, daß hier eine Verquickung politischer und geschäftlicher Tätigkeit nicht vorgelegen habe, wenngleich man auch der Ansicht sein müsse, daß ein Parlamentarier sich um seines guten Rufes willen derartigen Geschäften besser fernhalten sollte.

Im Fall der versuchten **Uebereignung des Erzbeckens von Belev Longwy an den Thyssenkonzern** unterliegt es dagegen keinem Zweifel, daß sich der

Parlamentarier und das Aufsichtsratsmitglied Erzberger

mit aller Schärfe gegenüberstanden. In diesem Falle sei die Vermischung politischer und geschäftlicher Tätigkeit nachgewiesen; das gleiche gelte von der Angelegenheit der Lieferung der Thyssenschen Schutzschilde nach Holland.

In der Frage der Ausfuhrabgaben, in der sich Herr Erzberger zunächst gegen die Abgaben gewandt und im Februar 1918 einen Vorstoß gegen die Regierung unternommen habe, weil diese nicht nachdrücklich genug vorgegangen sei, könne man eine Gesinnungsänderung annehmen, so daß dieser Fall für die Behauptung des Angeklagten, daß auch hier eine unsaubere Vermischung politischer und gewerkschaftlicher Tätigkeit vorgegangen sei, nicht ausreiche.

In der Angelegenheit der Propagandatätigkeit des Nebenklägers Erzberger für eine

Annexion des Longwybeckens

reiche die Beweisführung des Angeklagten insofern nicht aus, als Erzbergers später verfolgte Friedenspolitik auf einen Gesinnungswechsel zurückgeführt werden könne. Im Fall „Bulgodin" müsse man annehmen, daß der Nebenkläger nicht lediglich für seine Privatinteressen, sondern auch für das Wohl der Allgemeinheit eingetreten sei.

Im Fall Berger sei er als Oberstaatsanwalt der Ansicht, daß es nicht richtig wäre, wenn

Abgeordnete als Schiedsrichter

in Streitigkeiten zwischen Behörden und Privatfirmen tätig seien. Aus den Aussagen der Zeugen Spahn und von Jonquières sei hervorgegangen, daß diese es als unvereinbar mit den Pflichten eines Abgeordneten hielten, wenn Abgeordnete als Schiedsrichter in solchen Fällen tätig seien.

(Schluß in der Morgenausgabe.

Die Abfindung der Hohenzollern.

Sitzung des Landesversammlung.

Die Landesversammlung hatte heute einen großen Tag. Das Haus und die Tribünen waren daher schon vor Beginn der Sitzung besser besetzt als gewöhnlich. Auf der Regierungsbank hatten Ministerpräsident Hirsch und Finanzminister Dr. Südekum Platz genommen, dazu zahlreiche Kommissare.

Finanzminister Südekum begründet seine Vorlage. Der Versuch einer vermögensrechtlichen Auseinandersetzung zwischen Staat und Krone muß noch vor der Vorlegung des neuen Etats erfolgen, weil man die Thronfideikommißrente nicht weiter zahlen wolle. Der vorgelegte Entwurf sei das Ergebnis eingehender Beratungen und Verhandlungen, die sich auf dem Boden der gegebenen und der Einwirkung Preußens entzogenen Rechts- und Sachlage ergeben mußten. Das sei bei den starken Angriffen der letzten Zeit nicht genügend berücksichtigt worden. Im Ausschuß werde Gelegenheit sein, sich darüber auszusprechen. Den Antrag Hoffmann (U. Soz.) auf völlige Enteignung des Königshauses lehnt der Minister für seine Person ab. **Dagegen erklärte er sich für den Antrag Gräf (Soz.), der einen neuen Vorschlag auf einer neuen Rechtsgrundlage schaffen will.**

Nach dem Minister ergriff der Führer der sozialdemokratischen Fraktion Genosse Gräf das Wort zur Begründung seines Antrages: Die Stellungnahme der sozialdemokratischen Partei ist klarer als die der anderen Parteien, an denen das Königshaus eine starke Stütze gefunden hat. Nach der Revolution ist Wilhelm II. bei Nacht und Nebel nach Holland geflohen und hat das Volk in Not und Elend zurückgelassen. Die vaterlandslosen Gesellen von einst dagegen haben das Volk vom Untergange zu erretten gesucht. (Lebhafter Beifall links, Unruhe rechts.) Während die Leute der Rechtsparteien sich drückten (große Unruhe, Rufe: Unerhört! rechts), **haben die vaterlandslosen Gesellen im Kriege ihr Vaterland verteidigt,** sonst wäre der Krieg schon am ersten Tage zu Ende gegangen. (Hört-hört!-Rufe bei den Unabhängigen. Es entspinnen sich lebhafte Debatten zwischen einzelnen Sozialdemokraten und Unabhängigen, denen Präsident Leinert durch seine Glocke ein Ende machen muß.) Der Kaiser war geflohen. Schon am 11. November kam der Erlaß der Volksbeauftragten, in dem die Beschlagnahme des Kronvermögens ausgesprochen und seine Verwaltung dem Finanzministerium übertragen wurde. Bei der damaligen Regierung, die **auch die Herren Adolf Hoffmann, Dr. Rosenfeld und Simon mit ihren Namen gedeckt haben,** wurde bereits an eine Auseinandersetzung mit der Krone gedacht, wurde die Enteignung nicht ausgesprochen. (Rufe bei den Unabhängigen: Wer ist denn dagegen gewesen?) Gräf: **Adolf Hoffmann.** (Anhaltende stürmische Heiterkeit.)

Bei Schluß der Redaktion spricht Gräf noch weiter.

Wirtschaft.

Goldgewinnung in Oberfranken. Der im Mittelalter in hoher Blüte stehende Goldbergbau in Goldkronach in Oberfranken soll nach einer langen Ruhe, die mit dem 30jährigen Kriege begann, jetzt wieder in rationeller Weise aufgenommen werden. Man war technisch nicht genügend weit vorgeschritten, um die Gewinnung von Gold aus den gelösterten Erzen so ergiebig zu gestalten, daß das Interesse rege erhalten blieb. Antimonglanz, Schwefel- und Arsenkiese sind die goldführenden Erze im Goldkronacher Revier. Auch Freigold in Quarz und Schiefer kommt vor. Neben Gold führen die Erze auch Silber. Im Jahre 1912 angestellte Untersuchungen ergaben einen Goldgehalt bis zu 52 Gramm auf die Tonne Roherz. Es bestehen drei Gewerkschaften, und zwar die „Fürstengeche", „Schickung Gottes" und die „Gewerkschaft für Antimon- und Goldbergbau im Fichtelgebirge". Die Gründung einer Aktiengesellschaft ist beabsichtigt, um in großem Maßstabe die Ausbeutung dieser Erzvorkommen zu betreiben.

Eine Außenhandelsstelle für die Eisenwirtschaft. Unerwünschte Vorkommnisse in der Handhabung der Ausfuhrgenehmigungen bei einer Zentralstelle der Großeisenindustrie machen es notwendig, sofort eine Außenhandelsstelle für die Eisenwirtschaft zu errichten. Die neue Außenhandelsstelle, die als vorläufiger Außenhandelsausschuß ins Leben tritt, ist so gedacht, daß sie nach Bildung des Selbstverwaltungskörpers für die Eisen schaffende Industrie, also des Eisenwirtschaftsbundes in Düsseldorf, auf diesen übergeht.

Die erste ostdeutsche Textilmustermesse in Königsberg i. Pr. ist die erste Messe im abgeschnürten Osten überhaupt. Sie ist zu einem für die Veranstalter selbst nicht geahnten Erfolg geworden und dürfte bahnbrechend für den Gedanken, im Osten eigene Messen abzuhalten, gewesen sein. Zweifellos wird der Plan zu der von der Handelskammer Königsberg zum Herbst vorbereiteten allgemeinen Mustermesse durch den überaus günstigen Ausfall der Textilmesse fördernd beeinflußt werden.

Deutsche Waren-Treuhand A.-G. in Hamburg, Grundkapital 10 Mill. M., gegründet. Die Errichtung einer Zweigniederlassung in Berlin ist in Aussicht genommen. Gegenstand des Unternehmens ist jede Art von Tätigkeit, die mit der Sicherung von Warenkrediten, insbesondere von ausländischen Rohstoffveredelungskrediten für deutsche Unternehmungen im Zusammenhang steht. Demnach macht sich die Gesellschaft zur Hauptaufgabe, bei der Durchführung der sogenannten Veredelungskredite als Treuhänderin zu fungieren. Die Veredelungskredite charakterisieren sich als Kredite auf gedeckter Basis, bei denen die ausländischen Rohstoffe während des ganzen Verarbeitungsprozesses den Kreditgebern als Sicherheit verbleiben. Um eine einwandfreie juristische Sicherheit zu gewährleisten, hat sich die Errichtung eines Treuhandinstituts, das sich für die Verwaltung solcher Kredite spezialisiert, als technische Notwendigkeit erwiesen. Mit seiner Hilfe soll die Durchführung der ausländischen Veredelungskredite, die für unsere Valuta und für die Versorgung der deutschen Industrie mit Rohstoffen von großer Bedeutung ist, erleichtert werden.

Groß-Berlin

Jetzt gibt's wieder Kohlen!

Ja, jetzt gibt's wieder Kohlen, — jetzt, nachdem die Preise wieder um ein tüchtiges Stück in die Höhe geschraubt worden sind! Ist es nicht sonderbar, daß vor einer zu erwartenden neuen Kohlenverteuerung gewöhnlich die Kohlenbelieferung noch mehr als bisher ins Stocken gerät?

Jedesmal, wenn die neue Erhöhung der Kohlenpreise und mit ihr die weitere Freigabe von Kohlenabschnitten kommt, geht uns eine Flut klagender Briefe zu. Es gibt dann immer eine Menge Leute, die auf schon früher freigegebene Abschnitte noch nicht voll beliefert sind und nun die Nachlieferung nur zu den erhöhten Preisen erhalten. Wer will es diesen Benachteiligten verdenken, daß sie über die Mängel der Kohlenversorgung, von denen sie nach Schaden an Geld haben, ganz besonders erbittert sind!

Auch diesmal häufen sich bei uns die Beschwerdebriefe. Wir müssen uns darauf beschränken, nur einige davon und auch diese nur im Auszug wiederzugeben.

Ein Genosse schreibt uns, daß er in den letzten 5 Monaten ganze 1½ Zentner Kohle erhalten habe und einen großen Teil seines Einkommens zum Ankauf nassen Holzes habe verwenden müssen. Jetzt werde er noch besonders dafür bestraft, daß er trotz aller Bemühungen die ihm zustehende Kohlenmenge nicht rechtzeitig erhalten konnte. Er schlägt vor, daß die einmal freigegebenen Kartenabschnitte unter allen Umständen noch zu dem bei ihrer Freigabe geltenden Preis beliefert werden sollten. Dieser Wunsch, dem man die Berechtigung nicht absprechen kann, wird auch in anderen Zuschriften an uns geäußert.

Bei solchen mit der Kohlenbelieferung gemachten Erfahrungen kann man sich nicht wundern, daß sofort nach Freigabe neuer Abschnitte alles zum Kohlenhändler rennt und in Ellenbogen- und Faustkämpfen sich die paar Kohlen zu sichern sucht. Hier wie überall gilt das Sprichwort: „Den letzten beißen die Hunde." Ein Brief schildert uns den Ansturm auf ein Kohlengeschäft, das stundenlange Warten der Kunden, die Abweisung der vielen bei Feierabend noch nicht Belieferten, das ohnmächtige Weinen der Frauen, die wütenden Zornesausbrüche der Männer.

Dieser Briefschreiber weist nebenbei auf den Mehrverdienst hin, den die auf den Kohlenplätzen der Großhändler noch von früher lagernden Vorräte bei der neuen Preissteigerung einbringen müssen. Auch ein anderer Genosse schneidet diese heikle Frage an und hebt hervor, daß sie die Gemüter der Arbeiterschaft stark erregt. Er verlangt von den zuständigen Stellen eine öffentliche Erklärung, ob der höhere Preis auch für die älteren Kohlen gilt.

Wir schließen uns der Forderung an, daß solchen Mißständen und Mißbräuchen scharf entgegengetreten wird. Schädigungen einzelner Verbraucher, deren Belieferung noch aussteht, müssen verhütet werden. Nur soll man nicht glauben, daß da die Behörden ohne Mitwirkung der Bevölkerung viel vermögen. Wer bei der Kohlenbelieferung vernachlässigt wird, muß die Kohlenstelle (Berlin, Linkstraße 25) benachrichtigen. Sie prüft dann den Sachverhalt, sorgt nötigenfalls für schleunige Belieferung des Kleinhändlers, der vielleicht selber auf Kohlen wartet und schreitet bei festgestellter Kohlenversäumnis gegen die Schuldigen ein.

Niemand möge glauben, daß er für seine Person auf solche Beschwerden verzichten darf. Die Kohlenstelle muß erfahren, wie schwer unter der Kohlennot die Bevölkerung leidet.

Berlin und die Provinz.

In der letzten Sitzung des Brandenburgischen Provinziallandtages teilte der Vorsitzende Dr. Borchardt mit, daß er am 28. Februar an den Vorsitzenden des 17. (Groß-Berliner) Ausschusses der Landesversammlung eine Eingabe gerichtet habe, worin es u. a. heißt:

„Der Gesetzentwurf Groß-Berlin muß die einschneidendste Rückwirkung auf die Verhältnisse der Provinz Brandenburg haben. Deshalb ist er in der gegenwärtigen Tagung des Brandenburgischen Provinziallandtages zum Gegenstand eingehender Beratung gemacht worden, die sich besonders auf die Regelung des Verhältnisses der möglicherweise entstehenden Gemeinde Groß-Berlin zur Provinz beziehen. Diese Beratungen werden voraussichtlich in der ersten Hälfte der nächsten Woche zum Abschluß gelangen. Im Namen des Brandenburgischen Provinziallandtages richte ich daher das ergebene Ersuchen an Sie, die Verhandlung des Ausschusses der Landesversammlung wenige Tage zu verschieben, bis der Provinziallandtag Gelegenheit gehabt hat, zu den angedeuteten Fragen Stellung zu nehmen."

Im Namen des Ausschusses für die Stadtschaft der Provinz berichtete Abg. Dr. Holz-Wilmersdorf (Soz.) über den Verwaltungsbericht für 1919 und den Haushaltsplan für 1920. Beiden Anträgen wurde zugestimmt. In den Verwaltungsrat der Stadtschaft wurden bis zum 31. März 1924 gewählt: Steinmetzobermeister W. Herzog-Neukölln, Zimmermeister Robert Jenk-Glienicke an der Nordbahn, Rentner Paul Lätsch-Potsdam. — Die Ausgestaltung der Satzung bezweckt vor allem die Förderung des Kleinwohnungswesens durch die Gewährung von zweiten Hypotheken seitens der Stadtschaft; der Ausschuß empfahl hierfür folgende Fassung: „Die Beleihung an zweiter Stelle kann bis zu 80 Proz. erfolgen, falls sie zur Förderung des Kleinwohnungswesens dient; Beleihungsanträge, die dieser Förderung dienen, sind in erster Reihe zu berücksichtigen." Eine Reihe von Eingaben des Brandenburgischen Verbandes der Haus- und Grundbesitzervereine, der Handwerkskammer zu Berlin u. a., die die Schaffung solcher zweiten Hypotheken befürworteten, wurden durch diesen Beschluß für erledigt erklärt. Ueber die Satzungsänderungen entspann sich eine längere Aussprache.

Der Frauenmord in der Tieckstraße hatte die Aufmerksamkeit der Polizei auf eine falsche Fährte gelenkt. Der Kaufmann Fritz Koch aus der Invalidenstraße mußte aus der Haft entlassen werden. Koch hatte Beziehungen zu der ermordeten Näherin Sabine Kastenbaum und geriet durch Ermittelungen und Zeugenaussagen in den Verdacht, sie aus Eifersucht umgebracht zu haben. Er bestritt die Tat von vornherein und trat einen Alibinachweis an. Seine Angaben nach dieser Richtung waren schwer nachzuprüfen. Es ist aber doch gelungen, sie vollständig aufzuklären. Der Verdacht gegen den Verhafteten ist dadurch beseitigt und Koch wurde hiernach sofort auf freien Fuß gesetzt. Die Ermittelungen liefen von Anfang an auch nach anderen Richtungen. Sie werden von der Kriminalpolizei weiter fortgesetzt.

Elternversammlungen in Neukölln für sämtliche höheren Schulen am Donnerstag, 7 Uhr, in den Schulaulen Donaustr. 127 und Emser Str. 134—137. Rektor Bose und Lehrer Weimann sprechen über „Schule und Haus".

Kleine Notizen. Die Pro Domo Treuhand-Aktiengesellschaft für Grundbesitz bittet uns mitzuteilen, daß ihr Vorstandsmitglied Herr mann Militscher, Berlin, Michaelkirchstr. 7, mit dem in der heutigen Mitteilung über die Aushebung einer Falschmünzerwerkstatt genannten Kaufmann Hermann Militscher nicht identisch ist.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

31. Abt. Mittwoch, den 3. März, 7 Uhr, bei Goldschmidt, Stolpische Straße 36, wichtige Besprechung mit den Parteigenossinnen. — Donnerstag in demselben Lokal: Sitzung sämtlicher Funktionäre und Betriebsvertrauensleute. — Freitag: Mädchenversammlung in der Schulaula Schönfließer Str. 7. Vorwärtsleser sowie Freunde der Partei willkommen.

Charlottenburg. 1. Gruppe: außerordentlicher Zahlabend am 3. März, 7 Uhr, bei Schellbach, Königin-Elisabeth-Str. 6. Vortrag über Demokratie. Referent: Genosse Dr. Tischauer.

S. P. D.-Aktionsausschuß der A. E. G.-Betriebe. Morgen, Mittwoch, den 3. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, im Lokal Schlinemann, Luisenstr. 46, Versammlung der Obleute.

Jugendveranstaltungen.

Jungsozialistische Vereinigung (S. P. D.). Ortsgruppe Neukölln. Heute abend 7½ Uhr Vortragsabend bei Gohlke, Hermannstraße 199. — Ortsgruppe Tempelhof-Mariendorf. Heute abend 7½ Uhr Vortrag des Genossen Israel über: „Zweite und dritte Internationale", bei Busse, Kaiser-Wilhelm-Straße, Ecke Werder-Straße. — Ortsgruppe Lichtenberg. Heute abend 7½ Uhr bei Steinfeld, Weichselstr. 27, Vortragsabend.

Arbeiterjugend Neukölln. Heute abend ½8 Uhr, im Jugendheim Rogatstr. 53, Arbeitsgemeinschaft für Sozialismus.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Sozialist. Studentenbund. Am 3. März, 7 Uhr ab., spricht im Auditorium 4, Dorotheenstr. 6, Dr. Eduard Bernstein über: „Parlamentarismus einst und jetzt".

Gewerkschaftsbewegung

Unabhängige Kampfesweise.

Unter dieser Ueberschrift lesen wir im „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes": Welche Mittel den Unabhängigen in ihrem Kampfe gegen die Gewerkschaften recht sind, zeigt ein Artikel über das Betriebsrätegesetz in Nr. 8 der „Kämpferin" vom 12. Februar 1920. Die Verfasserin Anna Geyer schreibt dort unter anderem:

> Die Forderung der sechsmonatigen Tätigkeit in dem betreffenden Betrieb ist nur geeignet, die in den Kreisen denkender und fühlender Arbeiterinnen vorhandene Erbitterung gegen die Rechtssozialisten noch zu steigern. Nach Kriegsschluß haben die Unternehmer auf Veranlassung der von Kleinbürgern übelster Sorte geleiteten Generalkommission überall die Frauen, deren Dienste der Industrie während des Krieges sehr willkommen waren, entlassen. Mit einem so untauglichen Mittel glauben diese Leute, die vollkommen frei sind von jedem Verständnis für die geschichtliche Entwicklung der Frauenarbeit, die Arbeitslosigkeit lindern zu können. Leider haben auch manche unabhängigen Gewerkschaftler dieser genialen Idee der Generalkommission nicht den notwendigen Widerstand entgegengesetzt.

Diese Anschuldigung übertrifft an Unverfrorenheit denn doch noch so manches, was sich Unabhängige in ihrem Kampfe gegen Gewerkschaftsleitungen bisher geleistet haben. Es lohnt sich deshalb, sie niedriger zu hängen. Wir fragen auch: **Wer und wann hat die Generalkommission die Unternehmer zur Entlassung von Arbeiterinnen veranlaßt?**

Die unabhängigen Führer rechnen jedenfalls damit, daß von ihren Anhängern jede Dummheit geglaubt wird, wenn sie nur Schmähungen und Verleumdungen gegen die Gewerkschaftsführer enthält, die es mit ihren gewerkschaftlichen Pflichten ernst nehmen und nicht Unabhängige sind.

Bemerkenswert dürfte vielleicht sein, daß „Die Kämpferin, Zeitschrift für Frauen und Mädchen des werktätigen Volkes. Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands", jetzt den weiblichen Mitgliedern der Berliner Ortsverwaltung des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen geliefert wird.

S.-P.-D.-Kollegen im Steinarbeiterverband.

Am Sonntag tagte im großen Saal des Gewerkschaftshauses die Generalversammlung der Steinarbeiter. Nach dem Bericht des Kollegen Hirte stand im 4. Quartal einer Einnahme von 33 740,65 Mark eine Ausgabe von 16 967,05 Mark gegenüber, es verbleibt somit ein Bestand von 16 782,60 Mark.

Bei der Wahl des Angestellten kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen. Von den vorgeschlagenen Kandidaten wurde ein politisches Glaubensbekenntnis verlangt. Mehrheitssozialisten sollten nach Ansicht einiger Redner nicht in Frage kommen. Die Wahl ergab nach zwei Wahlgängen für Dormann (unabhängig) 197, für Hirte (Mehrheitssozialist) 190 Stimmen. Das Resultat zeigt, daß die Mehrheitssozialisten im Verband doch noch über mehr als ein Bäckerdutzend verfügen. Hirte ist als Opfer seiner politischen Gesinnung nicht wieder gewählt worden. Gegen seine Tätigkeit konnten in der Versammlung Einwendungen nicht erhoben werden. Die Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag wurde in einer Weise vorgenommen, wie dies in früherer Zeit unmöglich gewesen wäre. Der Zentralvorstand ließ erklären, daß, wenn von den Kandidaten das politische Glaubensbekenntnis verlangt würde, die gewählten Delegierten wahrscheinlich ihr Mandat in Würzburg nicht würden ausüben können. Ein früherer Beschluß verlangte, daß als Kandidaten nur solche Kollegen in Frage kämen, die auf dem Boden des revolutionären Rätesystems stehen. Der Beschluß wurde aufgehoben, weil man doch seiner Sache nicht so sicher war. Als Kandidaten wurden deshalb Anhänger vorgeschlagen, die nun der veränderten Stimmung Rechnung tragen.

Ein Antrag des Vorstandes, den Beitrag am 1. März für männliche Kollegen auf 2,50 Mark und für weibliche auf 1,75 Mark pro Woche zu erhöhen, wurde gegen einige Stimmen angenommen. Ein weiterer Antrag, für April eine Extrasteuer von 2,50 Mark zu erheben, wurde mit 188 gegen 170 Stimmen abgelehnt.

Ein Antrag, bei Sterbefällen nur in der „Freiheit" zu inserieren, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Versammlung zeigte dasselbe Bild wie bei anderen Gewerkschaften. Die Anhänger der Mehrheitsparteien wurden nicht mehr für fähig erachtet, Aemter in der Organisation zu bekleiden. Der Riß in der Organisation geht weiter, trotzdem auch von Kollegen der U. S. P. mit warnender Stimme ersucht wurde, ja die Einigkeit zu wahren, um dem Unternehmertum eine geschlossene Phalanx entgegensetzen zu können.

Wie es in Wirklichkeit mit den „revolutionären Klassenkämpfern" aussieht, illustriert folgendes Beispiel:

Ein Arbeiterrat ersuchte in allen Versammlungen die Kollegen, immer den Beschlüssen des roten Vollzugsrats von Berlin zu folgen. Aus Anlaß der Demonstrationen am 13. Januar sowie der Gedenkfeier für Rosa Luxemburg wurde aufgefordert, geschlossen die Betriebe zu verlassen. Für den Arbeiterrat hatte anscheinend diese Parole keine Gültigkeit, saß er doch ruhig im sicheren Unterstande in Friedenau und arbeitete an beiden Tagen.

Allmählich werden diese Maulhelden von ihren Kollegen erkannt. Gleichwohl müssen die der S. P. D. angehörenden Kollegen, die durch den fortwährenden Stank in der Gewerkschaft verärgert, den Versammlungen fernbleiben, am Verbandsleben mehr Interesse bekunden. Wenn von 1108 Mitgliedern nur 410 in der Versammlung erscheinen, so ist das ein beschämendes Zeichen. Die Kollegen der S. P. D. dürfen sich nicht als Mitglieder zweiter Klasse betrachten lassen. Es wird ihnen nichts anderes übrig bleiben, als auch eine Fraktion zu bilden, wie sie in anderen Verbänden schon besteht. In dieser Fraktion wird dann zu allen wichtigen Fragen und Beschlüssen Stellung genommen werden. Nicht die Einigkeit der Kollegen soll zerstört, sondern nur verhindert werden, daß radikale Maulaufreißer die um die Organisation verdienten Kollegen majorisieren.

Verheiratete Angestellte und die Teuerungszulage.

Von der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände erhalten wir folgende Zuschrift: In allen Verhandlungen der letzten Wochen und Monate haben die Arbeitgeber, vornehmlich die Berliner Metallindustriellen, versucht, den Arbeitnehmervertretern klarzumachen, daß sie, d. h. die Arbeitgeber, für die verheirateten Angestellten ein ganz besonderes soziales Empfinden besitzen. Dieses versuchten sie dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß man den verheirateten Angestellten eine um ein Kleines höhere Teuerungszulage zubilligte, als den unverheirateten Angestellten. Den Einwand, daß die Arbeitgeber bei einer Bevorzugung der Verheirateten sehr bald solche nicht mehr einstellen resp. zuerst zur Entlassung bringen würden, ließ man nicht gelten.

Nun hat diese Auffassung der Organisationen, daß die bevorzugte Bezahlung letzten Endes zum Schaden der verheirateten Angestellten ausschlagen muß, durch einen prominenten Vertreter der Arbeitgeber der chemischen Industrie anläßlich einer Schlichtungsverhandlung unter dem Vorsitz eines unparteiischen Vorsitzenden ihre Bestätigung gefunden. Derselbe führte nämlich folgendes aus: „Die Arbeitgeber werden eben keinen verheirateten Angestellten mehr anstellen, wenn eine besondere Bezahlung in Frage kommt."

Durch einen so ehrlichen Arbeitgeber hoffen wir die verheirateten Angestellten warnen zu können und außerdem den Arbeitgebern zu beweisen, wie man in diesen Kreisen über die soziale Fürsorge denkt.

Arbeitsbeschaffung.

Die Sammelstelle für Arbeitsuchende ersucht um Aufnahme folgender Notiz:

Trotz sichtbar in die Erscheinung tretender unverkennbarer Steigerung der Arbeitslust in vielen Kreisen der Erwerbslosen hat das Heer der Erwerbslosen noch keine sichtbare Minderung erfahren, da tagtäglich wiederum Industrien zum Stillstand kommen, die auf die Verarbeitung von Rohprodukten, die mehr und mehr vom Markte verschwinden, angewiesen sind.

Es gilt, Urprodukte zu schaffen und damit dem immer weiter zum Stillstand kommenden wirtschaftlichen Leben neues Blut zuzuführen, ihm neue Lebenskraft zu geben. Diese Urprodukte, wo auch immer im deutschen Boden sie ruhen, müssen gehoben und der tatfordernden Volkswirtschaft zur Verfügung gestellt werden.

Zu diesem Zwecke müssen die brachliegenden Arbeitskräfte — Kopf- und Handarbeiter — planmäßig und zielbewußt eingesetzt werden. Wollende Menschen sind vorhanden, es fehlen ihnen die Möglichkeiten zur Arbeit. Daher entsteht die dringende Notwendigkeit, Feststellungen zu treffen, wo noch menschliche Arbeitskräfte, einzeln oder auch in Gruppen, zu werktätiger Arbeit angesetzt werden können.

Das Freikorps der Arbeit „Aumann", Berlin NW. 24, Invalidenstraße 63, hat es sich zur Aufgabe gemacht, in Zusammenarbeit mit den Arbeitsnachweisen unter Leitung von tatkräftigen Willensführern Arbeitsgemeinschaften aufzustellen, für die Arbeit auszurüsten und den Arbeitsstätten zuzuführen, um auf diese Weise den Kampf gegen den wirtschaftlichen Zusammenbruch zu führen. Die Fähigkeit des Willensführers in einer Arbeitsgruppe ist auf Grund der jetzt schon gemachten Erfahrungen in besonderen Richtlinien festgelegt, welche das sachgemäße Ansehen einer Arbeitsgemeinschaft verbürgen sollen. Ihnen fällt die Aufgabe zu, die Arbeitsstätte zu erkunden, die Mitarbeiter auszuwählen, sie zur Arbeit zu führen und mitarbeitend durch eigenes Beispiel die Arbeitsleistung im Können und Wollen zu heben.

Das Freikorps der Arbeit wendet sich an alle Teile des deutschen Volkes mit der dringenden Bitte, mitteilhaben zu wollen an der Feststellung von Arbeitsmöglichkeiten, die unseren bedrängten Volksgenossen Existenzmöglichkeit bieten. Auf diese Weise ist jedem Gelegenheit geboten, mitzuwirken an dem Neuaufbau Deutschlands zum Segen der Gesamtvolksgemeinschaft.

Tarifabschluß der Berliner Buchbindereiwerkmeister.

Die Buchbindereiwerkmeister der Fachgruppe XV des Deutschen Werkmeisterverbandes hielten am Sonnabend, den 28. Februar, eine öffentliche Versammlung ab, in der die Tarifkommission Bericht erstattete über die Verhandlungen mit dem Verband Berliner Buchbindereibesitzer. Die Verhandlungen haben nunmehr zum Abschluß eines Tarifvertrags für Groß-Berlin geführt. Die Eintragung in das Tarifregister soll umgehend beantragt werden, so daß de Tarif in kürzester Zeit Rechtsverbindlichkeit erlangen dürfte. Die Versammlung genehmigte einstimmig den vorliegenden Vertrag.

Achtung, Fleischergesellen!

Die Wahlen zum paritätischen Arbeitsnachweis hatten folgendes Ergebnis: Die Liste des Zentralverbandes der Fleischer erhielt 2202 Stimmen, die gelbe 293, die christliche 207 Stimmen. Ungültig 17 Stimmen. Es erhielten demnach der Verband die Sitze der aktiven Mitglieder des Kuratoriums und 4 Ersatzmänner, die Gelben und Christen je einen Ersatzmann.

Angestellte des Glasgroßhandels.

Der Tarifvertrag für die kaufmännischen Angestellten des Glasgroßhandels ist abgeschlossen. Wo die Durchführung desselben auf Schwierigkeiten stößt, ist sofort der Zentralverband der Angestellten, Belle-Alliance-Str. 7/10, zu benachrichtigen, damit die Organisation eingreifen kann.

Zentralverband der Angestellten,
Bezirk Groß-Berlin, Fachgruppe 12.

Transportarbeiter in Reichsbetrieben. Mittwoch, den 3. März, abends 6 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelufer 14/15, große Branchenversammlung. Tagesordnung: Berichterstattung über den Reichsmanteltarif.

Achtung, Buchbinder! Morgen Mittwoch, abends 5 Uhr, Versammlung in den Nationalfestsälen. Tagesordnung: Die Betriebsrätewahlen. Referent: Genosse Brolat. Nur Mitglieder der S. P. D. und von solchen Eingeführte haben Zutritt.

Verantw. für den redaktion. Teil: Artur Zickler, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin Lindenstr. 3.

Die höchsten Tagespreise
für Messing, Kupfer, Blei, Zink, Weißmetall, Nickel, Aluminium, Metallspähne
zahlt per Kilo, bei größeren Posten mehr. Sendungen von außerhalb werden prompt erledigt.
Metallschmelze Mariannenstr. 24, an der Kottbuser Brücke. Amt Mpl. 10658, Arbeitsschicht.
Mitglied des Vereins der Altmetallhändler Groß-Berlins

Kupfer 22.–
Messing . . . 12.–
Blei 8.–
Zink 7.–
Zinn . . . b. 70.–
Lötzinn . . b. 30.–
per Kilogramm
Metallankauf
Driesenerstr. 24
Ecke Schivelbeiner Str.
Mitglied des Vereins der Altmetallhändler Groß-Berlins

Ich zahle immer die höchsten Tagespreise für
Kupfer, Messing, Gold- u. Silber-
Medaillen und andere Metalle sowie Alte Gebisse kauft
2 Ankaufsstellen
Gottheim, Mariannenstr. 12 und Schmidstr. 17 a.
gegenüber Schäferstraße.
Mitglied des Vereins der Altmetallhändler Groß-Berlins

Höchste Tagespreise
für
Kupfer, Messing, Blei
zahlt
C. Wilke, Stallschreiberstraße 45, Laden.

Metallankaufsstelle Osten
Andreasstr. 33, — vis-à-vis der Markthalle — zahlt die höchsten Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.

Ankauf von
Platin, Gold und Silber
zu höchsten Tagespreisen.
G. Schliephacke,
Friedrichstr. 210, Ecke Kochstr.

Nur kein Neid!
Ich zahle immer noch die höchsten Tagespreise für alle Sorten
Altmetalle.
Metallschmelze, Prinzessinnenstr. 17, ehem. Wertheim (Moritzp.)
Mitgl. d. Vereins d. Altmetallhändl. Gr.-Berlins

Messing,
Kupfer, Zinn, Zink, Blei, sowie sämtl. Alt- und Edelmetalle kauft höchstzahlend Metall-Einkaufszentrale, Kottbuser Damm 66. Mpl 13580.
Blei [10185]
11.– Mark und mehr pro kg, nicht unter 5 kg, kauft
Roll, Berlin,
Grünauer Str. 21, I (8–6 Uhr).

Seit 1872
KUHLA-PIANOS
Verkauf direkt ab Fabrik-Magazin:
N 31, Wattstr. 17-18

Alt-Metalle
Kupfer, Messing, Blei, Zink, Staniol usw. spez. Zinn, Lötzinn, Lagermetall und Quecksilber kauft zu
höchsten Tagespreisen
Rohprodukten-Großhdlg.
Dresdener Str. nur 13/14
Mpl. 12078. Kulante Abnahme.
Händler gesucht.
Mitgl. d. Verb. d. Altmetallhdlr.

J. H. Garich
Stallschreiberstr. 56
empf. alle Arten Büsten, auch verstellbare u. Maß i. Fabrikpr. 9-6 geöffnet.

Elektro-Motore
Leitungs-Dynamo-Drähte, Installat.-Material kauft laufend Elektromech.-Zentrum. (Alex 4782). Kurze Str. 18 (Alex-Pl.)

Kaufe Briefmarken-Sammlungen,
auch Einzelmarken, Marken auf Brief, Raritäten. Bei Nachweis von Sammlungen zahle hohe Provision. K. Stoebe, Berlin W. Kantstr. 14 III. Telefon: Steinplatz 1790.

Aus erster Hand
reelle dreiteilig. Matratzen zu bekannt billigen Preisen. Ruhebetten v. 175 M. an. Stahlmatratzen f. jed. Holzbettst. passend. Feldbettstelle 50 M. Reinecke, SW., Katzbachstr. 25.

Verkäufe

Bandlik, nahe Bahnhof, Quadratrute 20 Mark, 100 Mark Anzahlung. Hülsen, Steglitz, Blanowstraße 11. Fernsprecher Steglitz 2894.

Bessere Anzüge spottbillig, in eigener Werkstatt gearbeitet. Ruh, Wilhelmstraße vierzig A, Kochstraßenecke. *

Leihhaus Moritzplatz 58a verkauft Herrenanzüge, Paletots, Damen-Garderobe aus feinsten Friedensstoffen verarbeitet. Ferner Kreuz-, Alaska-, Zobelfüchse, jetzt nach beendeter Saison zu bedeutend herabgesetzten Preisen. *

Kreuzfüchse! sowie alle anderen Pelzarten zu staunenerregend spottbilligen Sommerpreisen! Alpakatäschen! Schmucksachen! Pelzwarengelegenheitskäufe Warschauerstraße 7. *

Gardinenverkauf. Fenster 30 Mark, Bettdecken, Stores, Madrasgardinen, Plüschtischdecken, Diwandecken, Schmucksachen preiswert. Leihhaus Admiralstr. 4 eine Treppe. *

Gardinen, 2 Fenster 48.–, Bettdecken, Stores. Kulling, Kopenhagenerstraße 1, vorn, Bahnhof Schönhauser Allee.

Kostüm, hochmodern 175.–, Röcke, Kleider, Frühjahrsjacke 30.–, Taufkleider. Schöneberg, Mühlenstraße 1a II.

Kronenfabrik verkauft Gas- und elektrische Beleuchtungen umständehalber spottbillig. Enorme Auswahl. Oranienstraße 65, Fabrikgebäude. *

Oberbetten, Unterbetten. Lindner, Alte Jakobstraße 84. 8–6. 41/4

[illegible]

Chaiselongues 96.–, Doppelbetten, Metallbetten, Küchen, Ankleideschränke. Weiße, Augustraße 82 A, Quergeb.

Moebel-Gaebel, Oranienstraße 58 (Moritzplatz), Fabrikgebäude. Große Auswahl in übersichtlich aufgestellten Nußbaum-Einrichtungen, weißlackierten und eichenen Schlafzimmern, Speisezimmern, Herrenzimmern, Küchenmöbeln, Sofas, Ruhebetten, Einzelmöbeln zu soliden Preisen. Besichtigung erbeten. 121/2*

Möbel-Groß, Große Frankfurterstraße 141, Invalidenstraße 5. Auf bar und Kredit finden Sie in großer Auswahl 1- und 2-Stubeneinrichtungen. Herren-, Speise-, Schlafzimmer, auch einzelne Möbel zu wirklich billigen Preisen. Leichte Zahlungsbedingungen. Liefere auch auswärts. 123/2*

Chaiselongues, englische Bettstellen, Patentmatratzen, Auflagematratzen. Tapezierer Walter, Stargarderstr. 18. *

Kleiderschrank 450.–, Küchenschrank 200.–, Kommode, Tisch, Spiegel, Feldbettstelle verkauft Hoffmann, Wilmersdorf, Berlinerstraße 36a, Hof 4 Treppen. 41/7

Plüschsofa, rot, gut erhalten, verkauft 3–5 nachmittags Reiner, Pestalozzistraße 13, Seitenflügel IV. †19

Möbelkaufhaus, 40 Jahre bestehend, Belle-Alliance-Str. 14a, liefert als Spezialeinrichtung Schlafzimmer 1500.–, Herrenzimmer 1800.–, hochelegantes Speisezimmer 2300.–, moderne Anrichteküchen 500.–, Nußbaumwohnzimmer 1390.–, Ankleideschränke 675, Bücherschränke 225.–, Polstergarnitur Spiegelumbau 1450.–, Bettstellen komplett 150.–, Kleiderschränke, Vertikos 150.–, Umbauten, Tische, Standuhren, Ruhebetten sehr billig. Zurückgesetzte, verliehen gewesene Einrichtungen unter Preis. Sicheren Leuten Zahlungserleichterung.

Plüschsofa, gut erhalten, verkauft Schnellenbach, Treptow, Defreggerstraße 4. 1339D

Verkaufe Plüschgarnitur, Ladentisch und Grammophon mit Platten. Maskenverleih, Mottstraße, Ecke Lutherstraße.

[illegible]

Pianos, Stutzflügel, Harmonien jeder Holz- und Stilart, Kunstspielapparate, Notenrollen. Gebrauchte Instrumente in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt, unter voller Garantie. Verkauf nur gegen Kasse, daher billigste Preisberechnung. Annahme von Aufarbeitungen, Reparaturen und Stimmungen. Max Abam, Münzstraße 16. *

Pianos, großes Lager neuer und gebrauchter Instrumente. Scherer, Chausseestraße 106.

Pianos, besonders billige Gelegenheiten: gute, gebrauchte, prächtige, neue. Pianohaus Max Becker, Anbergstraße 47. 432*

Eingespielte Mandolinen, Violinen, Gitarren, Lauten, äußerst billig. (Unterricht 20.– Monatshonorar. Dreimonatskurse zur perfekten Ausbildung.) Mund- und Handharmonikas usw., gebrauchte Klaviere, Harmoniums verkauft Berger u. Co., Oranienstr. 165. 1369

[illegible]

Motorrad mit Magnetzündung und Gummi 1500 Mark. Kraus, Große Frankfurterstraße 52. 41/2

Kaufgesuche

Metalle, wie Kupfer, Messing, Bronze, Zinn und Aluminium kaufen zu höchsten Tagespreisen und jeden Posten Autogen-Schweißerei Plumberg u. Reuter, Berlin N. 39, Gerichtstr. 72. Fernsprecher: Humboldt 3250. *

Leitungsdrähte, Kabel, Litzen, Anker-, Spulendraht, Wachsdraht kauft höchstzahlend Elektrobureau Oranienstraße 199, Moritzplatz 4016.

Silberschmelze Christionat, nur Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße) kauft höchstzahlend: Zahngebisse, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Quecksilber, Kupfer, Messing, Zinn sowie sämtliche Metalle.

Pianos, Flügel oder Harmonium, auch Tafelklavier kauft Schachtschneider, Budapesterstraße 14 III. 1518*

Platin, Brillanten, Gold und Silber, alle Zahngebisse, Abfälle, Ketten, Ringe, Bestecke, Uhren, unmodern gewordener Schmuck, Tafelaufsätze sowie Gekrätze kauft zu höchsten Tagespreisen Goldschmelze Kokoski, Berlin, Brunnenstraße 188. Telephon: Humboldt 3480. Eigene Schmelze. Selbstverbraucher. *

Platin über Tagespreis, Brennstifte, Platinkontakte, Gold, Silber in Bruch, auch in Barren, Quecksilber. Zahngebisse kauft zu den höchsten Preisen Adolf Friedländer Kommandantenstraße 29 I. rechts. 1452*

Kupfer! Messing! Zinn! Stanniol! sämtliche Altmetalle! Quecksilber! Platin-, Gold-, Silber-Abfälle! Zahngebisse kauft zu Schmelzpreisen in unseren 3 Einkaufsstellen „Metall-Zentrale" 1.) Bahnhofstraße 2 (Ecke Schönebergerstraße, am Anhalter Bahnhof); 2.) Weißenburg 72 (am Wattenplatz); 3.) Neukölln, Kaiser-Friedrichstraße 229 (nahe Hermannplatz). 1078

Schellack, Leim, Pinsel, Benzin kauft Farbenhandlung, Fehrbellinerstraße 24. 44/19*

Autozubehör, speziell Vergaser, Magnete, Zündkerzen, Scheinwerfer, Entwickler, Hupen, kauft Selbstverbraucher Schrader, Reinickendorferstraße 113. 1158*

Metalle! Bedeutende Preissteigerung! Platin-! Zahngebisse, Zahn bis 75.–! Goldabfälle! Silberabfälle! Münzen! Salpetersaures Silber! Quecksilber! Glühstrumpfasche! Stanniolpapier! Kupfer! Rotguß! Messing! Aluminium! Nickel! Zinn! Zink! Blei! Höchstzahlend Schmelzerei Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31, Alexander 6242. 782*

Kupfer! Messing! Zinn! Stanniol! sämtliche Altmetalle! Quecksilber! Platin-, Gold-, Silber-Abfälle! Zahngebisse kauft zu Schmelzpreisen in unseren 3 Einkaufsstellen „Metall-Zentrale" 1.) Brunnenstraße 11 (am Rosenthalerplatz); 2.) Sennstraße 58 (am Weddingplatz); 3.) Beusselstraße 29. 1632

Metallschmelze Mariannenstraße 7a (am Heinrichplatz). Allerhöchste Tagespreise sämtlicher Metallabfälle sowie Platin, Gold, Silber, Quecksilber. 1/13*

Klaviere kauft Mosenius, Weberstraße 53, Königstadt 6846. 45/13*

Spiralbohrer zahlt über Tagespreise Amthor, Christburgerstraße 41. †19*

Spiralbohrer, bis 200 Prozent Aufschlag, kauft Löscher, Chausseestraße 54, part. *

Spiralbohrer, Werkzeuge kauft laufend jeden Posten, Schröder, Prinzenstraße 68. *

Herrenrad, Damenrad kauft Kraus, Große Frankfurter Straße 52. 41/0†

Kupferleitungen, Motore, Dynamodraht kauft höchstzahlend Elektrobureau Langestraße 27 I, Alexander 3889. *

Zahngebisse, Platin, Goldbruch, Silberbruch, Edelsteine, Schmucksachen kauft Edelmetallschmelze, Blumenstraße 58.

Kriegsanleihe, Wertpapiere, Pfandscheine kauft, beleiht Lange, Berlin, Oranienstraße 145. *

Spiralbohrer, Feilen, Schmirgelleinen, Holzschrauben, neu, kauft Kaminger, Große Frankfurterstraße 93, vorn 2. Nur nachmittags. *

Zinnrohr, Schlangen, andere Metalle kauft Verh, Frankfurter Allee 38. (Fuhrwerk wird abgeholt.) 41/3

Spiralbohrer, nur neue, kauft kleine und große Posten sowie alle greifbaren Werkzeuge, Oberberg u. Effer, Hallesches Ufer 5. 1005*

Unterricht

Tanzschule Friedrich, Dresdenerstraße 52/53. Neue März-Schnellzirkel beginnen.

Verschiedenes

Kostenlose Rechtsberatung! Spezialist: Ehesachen, Strafsachen! Gerichtsvertretung! Neukölln, Berlinerstraße 13 (Hermannplatz).

Kunststopferei Große Frankfurter Straße 67. 682*

Arbeitsmarkt

[illegible]

Arbeitslose guter Verdienst. Vormittags melden. Berliner Flaschen-Vertrieb, Am Krögel 1 (Molkenmarkt). *

Anständiger junger Laufbursche gesucht. Standt, Unter den Linden 47.

Arbeitsburschen sucht Richard Lange, Schraubenfabrik, Winsstraße 12. †19

Karton-Arbeiterinnen, geübte, verlangt Hahndorff, Stallschreiberstraße 30a. 41/8

Glühstrumpf - Händlerinnen, Spinnen-Näherinnen, Heimarbeit, verlangt Collin, Blumenstraße 65. †19

Näherin auf Mantelkleider, hoher Lohn, verlangt Herzberg, Wilmersdorf, Babelsbergerstraße 3, Gartenhaus.

Verkäuferin für Bijouterie für sofort oder 1. April. Jonaß u. Co., Belle-Alliancestraße 7–10. 1022b

Botenfrauen für Moabit, Wedding und Charlottenburg, für Mittwoch und Donnerstag nachmittags sucht Expedition Lindenstr. 26. 1582D

Lehrfräulein verlangt Schnur u. Co., Neue Königstraße 61.

Lehrmädchen für Kontor und Lager per 1. April. Bedingung: Besuch der 1. Klasse. Vorstellung mit Schulzeugnissen. Jonaß u. Co., Belle-Alliancestraße 7–10. 1021b